

# Frankenberger Tageblatt

Das Tageblatt erscheint an jedem Werktag: Montags-Wochenanfang ab 1. Werktag; bei Rückfrage im Verlagsschalter der Stadt 1.50 RM., in den Märkten und Kaufhäusern 1.00 RM., bei Rückfrage im Buchhandel 1.00 RM., bei Rückfrage im Buchhandel 1.00 RM.  
Mittwoch 1.00 RM., Donnerstag 1.00 RM., Samstagabend 1.00 RM.; Sonntagsausgabe Schule 30 Pf., Sonntagsausgabe Frankenbergs 20 Pf.; Telefonnummer: 22-1000.

Bezirks-  Anzeiger

Abonnementpreis: Der Monatspreis für die ab einer Reihe einzelne Zeitungen beträgt 20 Mark jährlich. Die für das Jahr vom Verleger einzufordern sind 80 Mark jährlich. Die ab 30 neue Reihe für die Niedersächsische Zeitung 80 Mark jährlich. Bei jeder Rückfrage ist zu berücksichtigen, dass das Monatssubskriptionsporto 2 Mark zu entrichten ist. Der Monatssubskriptionsporto 2 Mark. Der größte Abstand nach dem Absatzjahr ist 2 Mark jährlich. Das Monatssubskriptionsporto 2 Mark jährlich. Der größte Abstand nach dem Absatzjahr ist 2 Mark jährlich.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Milde, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Frankenbergs und der Gemeinde Niederwiesa. Notationsdruck und Verlag: C. G. Nohberg (Inhaber Ernst Nohberg jun.) in Frankenbergs. — Verantwortlich für die Redaktion: Karl Siegert, Frankenbergs.

N. 174

Montag den 28. Juli 1924 nachmittags

83. Jahrgang

## Ratenjammer in London

Londoner Melbungen zufolge dauert die vollkommen Un Sicherheit der Konferenz immer noch an. Es sind ernstlich noch keine Anzeichen zu erkennen, dass die Vermögensum um ein Kompromiss in der Auslesefrage dem Erfolg näher seien. Es wird gleichermaßen angenommen, dass auf der Grundlage der Theunisvorschläge eine Lösung dadurch erzielt werden könnte, dass von der Reparationskommission ein besonderes Komitee für die Sanctionen wie für die Verschuldung eingesetzt werde, ähnlich wie es bei dem Dauerkomitee des Hall ist. Aber die Frage ist, ob dieses Komitee entscheidende oder nur bedeutende Stimme haben soll, und in diesem entscheidenden Punkt gehen die Meinungsverschiedenheiten noch wie vor zu einander. Dem "Daily Telegraph" zufolge soll auf französischer Seite sogar wieder der Plan eines Abbruchs der Konferenz aufgetaucht sein. Er wird damit begründet, dass die Konferenz nur die Aufgabe hatte, die technische Maßnahme für die Durchführung des Finanzberichtes zu bestimmen. Nachdem dies geschehen sei, könne die Auslesefrage später und innerhalb der Konferenz geregelt werden. Es genügt, darauf hinzuweisen, dass in den bekannten sechs Punkten der Reparationskommission die Gliederung der Auslese ausdrücklich als Vorbereitung für die Durchführung des Finanzberichtes bezeichnet wird. Immerhin ist es aber bemerkenswert, dass die Gerüchte über einen Abbruch einer Verlängerung sich unter der Oberfläche bewegen erhalten.

### Die deutsche Delegation.

Die Londoner Blätter nehmen an, dass die deutsche Delegation, deren Einladung in der Volljährigkeit am Montag beschlossen werden soll, Mittwoch oder Donnerstag in London eintreffen werde. Zu diesem Zusammenhang ist es bemerkenswert, dass nach den Informationen der "Times" in englischen Kreisen erwartet wird, auch die Frage der militärischen Rüstung des Aufgebietes auf der Konferenz zur Sprache zu bringen, denn die Auslösen der Auslese würden wesentlich beeinflusst werden, falls Frankreich und Belgien entsprechende Erklärungen abgeben würden. Man ist also in englischen Konferenzkreisen, wie aus einer Information der "Times" hervorgeht, auf das Auftauchen dieser Frage vorbereitet und man darf hoffen, dass sie in den nächsten Tagen immer stärker in den Vordergrund treten wird. "L'echo de Paris" meldet, dass die juristische Kommission ihre Arbeiten vollendet hätte und zu dem Schluss gekommen sei, dass die deutsche Delegation auf völlig gleichberechtigtem Fuße mit den übrigen Alliierten verhandeln müsse. Man könnte jetzt damit rechnen, dass wenn erst die entscheidenden Ergebnisse abgeschlagen werden, die den Erfolg dieser Konferenz sicherstellen sollen, deren Schalter eine Katastrophe für ganz Europa bedeuten würde.

Wie der Sonderberichterstatter des "Matin" mittelt, haben die Juristen, die beauftragt sind, die Frage der Beteiligung deutscher Delegierter an der Londoner Konferenz zu prüfen, die zur Debatte stehenden Fragen in drei Kategorien eingeteilt:

1. Fragen, die nur die Alliierten interessieren,
2. Fragen, die aus dem normalen Rahmen der Angelegenheit herausgelöst werden können, über die die deutsche Regierung mit der Reparationskommission verhandeln soll;
3. Fragen, über die sowohl der deutschen Regierung als den alliierten Regierungen verhandelt werden muss.

In die dritte Kategorie fallen vor allen Dingen die Modelitäten der industriellen Rüstung des Ruhrgebiets, weil sie nicht mit dem Friedensvertrag zu tun haben, eine Konsequenz des Dawes-Plans sind und nur durch die Mitarbeit Deutschlands durchgeführt werden können.

### Präsident Coolidge

Hat im Weißen Hause seinen Optimismus bezüglich des Ergebnisses der Londoner Konferenz zum Ausdruck gebracht. Er ist der Ansicht, dass der Dawesplan für alle europäischen Nationen wesentlich notwendig ist, dass sie vorausichtlich zu einer Einigung gelangen müssen.

### Der deutsche Botschafter in London

Ist von der Reichsregierung beauftragt worden, die Londoner Konferenz zunächst über die Auffassung der Reichsregierung zu den einzelnen Fragen der künftigen Durchführung des Ottakrants zu unterrichten. Es wird ein weiteres schriftliches Egoporträt überreicht, in welchem hauptsächlich der deutsche Standpunkt zu der Sanctionsfrage und zu den Kontrollen der strategischen Eisenbahnen im besetzten Gebiete dargelegt sind. Dieses neue deutsche Schrift stellt die letzte Vorbereitung der Reichsregierung an der Londoner Konferenz dar. Nach den vorherigen Vorfällen der Reichsregierung zugegangenen Mitteilungen aus London besteht nun wieder die Möglichkeit unter den alliierten Regierungen, vor der Zugangnahme der deutschen Delegation eine grundsätzliche Einigung unter den Konferenzmitgliedern herzustellen. Deutlicherweise hatte man jedoch in den letzten Tagen erwartet, dass die Zustellung Deutschlands für die weiteren Beschlüsse der Konferenz maßgebend wäre, und daher die Erörterungen über die Sanctionsfrage zurückgestellt würden. Diese Erwartung hat sich jedoch als irrtig erwiesen. Um nun die Möglichkeit zu haben, auf die alliierten Regierungen einzutreten, bevor die Zustellung der deutschen Vertreter erfolgt, und bevor endgültige Beschlüsse

gerollt werden, dass man es für notwendig befunden, die Konferenzleitung jetzt bekanntzugeben. Die Reichsregierung wird sich keinesfalls damit einverstanden erklären, dass der Reparationsausschuss wiederum die Befugnis erkannt würde, irgendwelche Sanktionen im Falle einer Zahlungsunfähigkeit Deutschlands zu verhängen.

### Die Wünsche der besetzten Gebiete.

Reichskanzler Dr. Marx wird noch vor seiner Abreise nach London die Abgeordneten der besetzten Gebiete empfangen, um die Wünsche der Bevölkerung der besetzten Gebiete mit Rücksicht auf die bevorstehenden Verhandlungen in London einzusezen. Aus den Berichten der Reichsregierung vorliegenden zahlreichen Kundgebungen aus der Bevölkerung von Rhein und Ruhr geht nach Ausschau der deutschen Regierung hervor, dass das baldige Auftreten des Gutachters und die damit verbundenen Probleme der Wiederherstellung der deutschen Wirtschaft und Verwaltungseinheit die Empfindungen der Bevölkerung in den besetzten Gebieten völlig bestreichen. Die Regierung trifft im Augenblick der Abreise der deutschen Vertreter eine Kundgebung erlassen, in der ganz besonders auf das Problem der besetzten Gebiete Bezug genommen wird.

### Die Reichsregierung und die Schuldfüge.

Wie aus Kreisen der Regierungsparteien mitgeteilt wird, beabsichtigt die Reichsregierung keine regierungsmäßige Erklärung in Sogen der "Schuldfüge" abzugeben, bevor nicht die Londoner Konferenz greifbare Resultate erzielt hat.

Den weitesten Kampf gegen die "Schuldfüge" deutet sich die Reichsregierung im Unterständnis mit den Regierungsparteien folgendermaßen: Dem Reichstag wird bemüht ein von den Regierungsparteien und der sozialdemokratischen Partei unterzeichnete Antrag zugehen, der die Bedeutung aufnahme zur Untersuchungsausschuss über die Verteilung des Weltkrieges verlangt. An der Annahme dieses Antrages besteht kein Zweifel. Der Ausschuss soll alsdann bald eingezogen werden und seine Arbeit bis zum Herbst zum Abschluss bringen. Dann würde ein Schlussprotokoll des Ausschusses mit einer kurzen Erklärung die Resultate dieser Untersuchung zusammenfassen, und die Reichsregierung würde sich dieses Ergebnis zu eigen machen und es in amtlicher Form den europäischen Regierungen bekanntgeben.

Die Deutschen nationalen werden ihre Mitarbeit vorwiegend abhängig machen von der Haltung der Reichsregierung auf der Londoner Konferenz und von dem Ausgang der Verhandlungen über das Gutachten. Die Reichsregierung wird dem Ausschuss alles nur denkbare Material zur Verfügung stellen und nach Abschluss der Arbeiten einen Appell an die Freiheitlichen Kräfte gegen den Vertrag von Versailles richten, auch ihrerseits ihre Akte zu öffnen und einer internationalen Kommission die Einsicht zu gestatten, um ein abschließendes Urteil über die Kriegsursache zu gewinnen.

### Ein Kompromiss für die Auslese?

Paris, 28. 7. Nach dem "Journal des Débats" deuteten englische Geschäftsmänner in Privatgesprächen die Möglichkeit an, dass die Vereinigten Staaten eine englische Jahresleistung, welche auf Grund des Schuldenabkommens in Amerika bezahlt werden muss, zur Ausbringung der 800-Millionenmarkte vermehrte werden. Der Vorschlag hierzu soll von Frankreich gemacht werden. "Journal des Débats" glaubt nicht, dass die französische Delegation diese Initiative erneut werden, weil sie als unbeholfen ausgelegt werden könnte. Das Blatt macht dann den Vorschlag, Frankreich möge während eines Jahres auf die Rüstungsaufwendungen verzichten, jedoch statt 800 Millionen nur die Hälfte, 400 Millionen, aufgebracht werden müssen. Das Blatt empfiehlt, sich zu dieser Koncession nur im äußersten zu entschließen.

### Die Ruhrräumung

London, 28. 7. In alliierten Kreisen, die über gute Beziehungen zu führenden Delegationsmitgliedern verfügen, verläuft kurz vor Mitternacht, da in den englisch-französischen Besprechungen eine vorläufige Einigung über die wichtigsten umstrittenen Fragen auf folgender Grundlage erreicht worden ist: Wenn Frankreich bereit ist, außerhalb der Konferenz in Verhandlungen bestimmte Zusagen zu machen über die Zielpunkte der künftigen militärischen Rüstung des Ruhrgebiets, werden per englische Ministerpräsident und der englische Schatzkanzler Snowden bei den Delegationen zugunsten eines Übereinkommens mit den Delegationen über die Ausgabe der 800-Millionenmarkte zu politischen Garantien und Bedingungen, die für Frankreich günstig sind. Es verlautet weiter, dass Herrschert auf Grund des Ergebnisses dieser Besprechungen telegraphisch das französische Kabinett beauftragt hat, Montag vorzeitig zu diesem Kompromissvorschlag Stellung zu nehmen. Die Erwartung dieses Kompromissvorschlags soll Herrschert dem Staatssekretär Israël, der gestern in London angelangt ist, mitgeteilt haben.

### Der neue Frankensturz

Rotterdam, 28. 7. Der "Coyrant" meldet aus London: Gestern abend war das Gesamtbild der Konferenz äußerst gefärbt, als weder Herrschert noch Theunis der Sonntag über England verlassen werden. Dadurch ist die Rücksicht auf eine primäre Verhandlung bis zur Volljährigkeit am Montag gegeben. Die neuen Schwierigkeiten des Frankensturzes nach unten in

London und Neuport führt die Londoner Presse auf die Haltung der französischen Delegation zurück.

### Paris wird ängstlich

Paris, 28. 7. Wie der "Matin" meldet, hat die Regierung der Kammer nach dem Beschluss des Senats gleichfalls beschlossen, den Julientermin des Ausschusses für Ende der neuen Woche zu beantragen, um von der Regierung Informationen über die Wahrung der Rechte Frankreichs auf der Londoner Konferenz zu verlangen.

### Worauf es ankommt.

In London wird zur Stunde wieder einmal um nicht mehr und nicht weniger als um das deutsche Schicksal geworben. Die deutsche Delegation, wahrscheinlich unter Führung des Reichskanzlers Marx, steht gewissermaßen sprungbereit, dem Antritt der Einladung nach London folgen zu lassen. Das Gewissensbissen, die Windesforderungen der amerikanischen und englischen Hochfinanz haben in englischen und französischen Regierungskreisen eine Stimmung ausgelöst, die in allen Tonarten mit einem Totauftreten der französischen Delegation konkurriert, in den deutschen Regierungskreisen dagegen jetzt in letzter Stunde anscheinend eine Stimmung Platz geöffnet, die mit dem Optimismus spielt. London könnte vielleicht doch so etwas wie ein Rettungsanker in schwerer deutscher Not werben. Sehr deutsche Bürger, gleichwohl wie er politisch eingestellt ist, ganz gleich, welches politische Ideal er in unserem rein parlamentarischen Staat anhängt, für welches politische Ideal er kämpft und sich einsetzt, weiß und erwartet von dieser Londoner Konferenz, dass sie entweder der Anfang zu allmählicher Befriedung aus dem gegenwärtigen deutschen Chaos werden muss, oder dass sie das Gewebe schafft für den letzten nur noch recht bescheidenen Rest deutscher Schönheit. In Land wie Ausland soll sich je seinen Lösungen hingeben, die schändbare Ruhe in Deutschland vor diesen entscheidenden Stunden in London ist die Ruhe eines in die Verzweiflung gestürzten Volkes vor dem letzten Schritt, die lange Ruhe vor dem Verhängnis des lebhaften Hoffnungsträgers. Diese erste Warnung muss bei der entscheidenden Bedeutung des deutschen Wirtschaftskörpers im Zentralisierungskampf der Weltwirtschaft mit allem Nachdruck nicht nur dem Ausland gegenüber bestehen, sondern auch den innenpolitischen deutschen Kreisen gegenüber bestehen, die heute etwa noch der verhängnisvollen Rüstung anhangen sollten, mit den Londoner Schicksalstage gut zu verbinden. Über den Ernst der Situation — die Londoner Konferenz ist eine deutsche Schicksalstagung in des Morias vermeindeter Bedeutung — soll sich ja niemand täuschen, weder das Ausland noch die deutsche Delegation selbst.

Bei dem Hoffnenden, scharf in die Augen springenden Stimmungen unterschiedet, der entgegen den französischen und englischen Regierungskreisen zur Stunde ancheinend in den deutschen Regierungskreisen über das vermeintliche Ergebnis der Londoner Konferenz herrscht, ist die Frage nach dem Bedürfnis zu dieser Londoner Konferenz angebracht. Cannes und Genf wurden diffiziert von dem Willen der französischen Weltwirtschaft, das Wahnfinanzialität von Verfalls auf die Normen der Weltwirtschaftswirtschaft zurückzuführen. Frankreich verstand es, Cannes und Genf sofortlich zu machen. London wurde in seinem inneren Wesen notwendig, um den internationalen Skandal aus der Welt zu schaffen, dass Frankreich auf eigene Faust vor den Augen der ganzen Welt unverblümlich flaganteien Körperschaften gegen Deutschland verlässt, dass es ganz offen denselben Vertrag von Verfalls einseitig bricht, dessen reelle Erfüllung er anderseits verlangt. Das äußere Kennzeichen, um das sich dieses internationale Erüttungsbretzen jenes internationalen Skandals röhrt, ist das Dawesgutachten, von dem dieselbe deutsche Regierung, die es in seinem Grunde allzuviel, ohne die Volksvertretung zu fragen, annahm, feststellte, dass es einmal die Grenzen des Vertrages überschreitet, zum andernmal so hart an die äußerste Leistungsfähigkeit Deutschlands herangeht, dass ein Staat, der diese Leistungsfähigkeit mit dem Dawesgutachten vielleicht schon überschritten hat, fast unkontrollabel erscheint. Gegenüber diesem Namen Tatbestand betrachte man einmal das Verhalten Frankreichs zur Londoner Konferenz. Man verhandelt und redet über den Körperschaften, ohne ihn abzustellen. So noch mehr, mit zynischer Offenheit diskutiert man die Frage, dass man sich jederzeit die Handlungsfreiheit — zu neuen Körperschaften vorbehalten müsse. Das Dawesgutachten stellt sich in den bisher stattgehabten Diskussionen schon verkannt in den Bedingungen der englisch-amerikanischen Hochfinanz.

England und Amerika haben in Verbindung mit der gesamten Kulturreichweite den französisch-belgischen Körperschaften als die schändlichste Körperschaft verleidet, um die Körperschaften zu beschuldigen, der Körperschaften ist doch nichts anderes als eine Legalisierung des Körperschaften. Die deutsche Regierung hat sich reicherweise festgelegt vor dem deutschen Volke, dass sie eine weitere Unabhängigkeit unseres Staates nicht zeigen werde, dass sie keine Bedingungen mehr eingehen werde, die von vornherein die Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes überschreiten, die die Ehre des deutschen Volkes antreten. Die deutsche Regierung glaubt, nach dem augenblicklichen Stand der Dinge eine Besserung zu sehen. Dieser Optimismus wird durch die Sprache der französischen und auch teils englischen Presse nicht bestätigt. Dem sei nun, wie es sei. Das deutsche Volk in allen seinen Vorträgen und politischen



Gegen 5.30 Uhr verlagerte sich der Reichstag. Der Präsident wurde ermächtigt, Zeit und Tagesordnung der nächsten Sitzung festzulegen. Der Reichstag soll wieder zusammengezogen werden, wenn die Gesetzentwürfe auf Grund des Sachverständigen-Gutachtens vorliegen. Man rechnet, daß dies Mitte August der Fall sein wird.

## Inland und Ausland

**Die sächsische Jagdsteuer vor dem Reichstag.** Die deutsch-nationale Tradition des Reichstages hat am die Reichsregierung eine Anfrage wegen der Meldung vom sächsischen Landtag beschlossen. Dass die Jagdsteuer gerichtet ist, in der darauf hingewiesen wird, dass die Jagdsteuer landwirtschaftliche Mittel sind und dass nach den geistigen reichsgerichtlichen Bestimmungen Betriebsmittel nicht einer Sondersteuer ausgesetzt werden dürfen. In der Anfrage, in der das Verbot der Jagdsteuer gefordert wird, heißt es unter anderem auch, dass die übertrieben steagene Steuerforderungen der Länder nur bedrohen zu erfordern, dass bei diesen Fällen noch die gebotene Sparmaßnahmen eingetragen sei.

**Staatliche Unterstüttungen für die Juden.** Zu den Berichten über die angeblichen kantischen Unterstützungen der jüdischen Auswanderer erläutert die Chemnitzer Allgemeine Zeitung, bzg. Zeit Untersuchungen bei den Rechten festsatzende werden und mit den bestätigten Regierungskabinetts Verhandlungen befinden. Ob derartige Unterstützungen an die in Nachfrage kommenden Jüden gewährt werden, lässt sich heute noch nicht sagen und hängt von dem Ergebnis der schwedischen Unterhandlungen ab.

Im Reichstagsausschuss für die besetzten Gebiete sagte der Vertreter des Reichsvölkerhausbüros zu, dass im Sinne der Antisemitischen Richtlinien für eine Übertragungsbereitstellung ausgearbeitet würden und dass die entlassenen Arbeiter so bald wie möglich wieder eingesetzt werden sollten. Der Ausschuss nimmt einen sozialdemokratischen Antrag über Betreuung vereinzelt und vorzeitig zurückhaltender zu. Weitere Anträge wurden abgelehnt.

Im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages wurde das deutsch-französische vorläufige Wirtschaftsabkommen besprochen. Der Ausschuss beschloss, die Belegschaftsausstattung anzusehen. Es sollen noch einige Fragen geklärt werden.

**Die Revolution in Brasilien.** Wie Reuter aus Buenos Aires erfährt, besteht der Einbruch, dass die Buntstreppen, die São Paulo belagern, so starken Widerstand vorfinden, dass die Einnahme der Stadt in die Ferne gerückt ist. Der Kampf habe die Gestalt eines Schlachtenkrieges angenommen. Die Regierungstruppen sollen den Kampf im Hinterland auf die gute Beschämung der Außländer nicht angenommen haben.

**Der Konsulatmord in Teheran.** Die persische Regierung hat auf die gemeinsame Note des diplomatischen Korps, in der wegen des Ermordung des amerikanischen Konsuls Einpruch erhoben wird, eine Antwort erbracht, in der erklärt wird, die Polizei habe nicht auf den Mörder schielen können, da sie fürchtete, dieser würde dadurch noch mehr zu Wit gereitet werden. Wegen der Ermordung des Konsuls seien hundert Verhaftungen vorgenommen worden, darunter ein Priester, der sich als antisemitischer Agitator betrachte.

## Gegen die öffentlichen Auslosungen und Preisausschreiben

Dresden, 26. 7. Der Landtagsabgeordnete Dr. Rößner (Dem.) hat folgende kurze Anfrage an den Landtag gestellt: Der preußische Wissenschaftsminister hat im Einvernehmen mit den preußischen Ministern der Justiz, der Finanzen und des Handels einen Runderlass an die Oberpräsidenten, Regierungs-präsidenten und den Polizeipräsidenten von Berlin geschickt, in dem es u. a. heißt: Neuerdings erscheinen in den Tageszeitungen und an den Antischlagsäulen in überhandnehmenden Mengen Anzeigen, in denen die Inhaber von Vergnügungsstätten, Wirthshäusern, Nächtigkeitshäusern und ähnlichen Betrieben für bestimmte Tage Verlosung von Automobilen, Motorrädern oder anderen Gegenständen anstellen. Nach der handlenden Rechtsprechung des Reichsgesetzes sind derartige Veranstaltungen als Ausstellungen im Sinne des § 286 Abs. 2 des Strafgesetzbuches anzusehen und mit Genehmigungspflicht. In gleicher Weise wird in der Mehrzahl der Fälle öffentliche Verlosungsschreiben zu beurteilen, die in letzter Zeit von gewerblichen Firmen der verschiedenen Art in zunehmender Zahl veranstaltet werden. Da das Überhandnehmen dieser Auswüchse der Gesellschaftswelt in wirtschaftlicher, rechtlicher und sozialer Beziehung als ein ernster Missstand gewertet werden muss, ersuche ich, in Zukunft alle beratende Veranstaltungen, soweit sie nach den in Vorbericht ausgestellten Nächtigkeiten gegen das Strafgesetzbuch verstößen, durch Anzeige bei der Staatsanwaltschaft einzustreiten und in geeigneter Weise dafür Sorge zu tragen, dass die darangelegten rechtlichen Gesichtspunkte zur Kenntnis der Oeffentlichkeit gelangen. – Zu gleicher Zeit hat der Kultusminister entsprechende Anweisungen an die Generalkonsulatamente ergeben, obgleich in Sachen die Verhältnisse zum Teil noch unerfreulicher liegen als in Preußen. In einem Einschreiben den Bedörfern dieses merkwürdigerweise nicht bekannt. Wir fragen deshalb: Was bedeutet die Regierung zu tun, um den ungünstigen öffentlichen Auslösungen und Preisausschreibungen entgegenzutreten? Mit Rücksicht auf die Verlagerung des Landtags begrüßt ich mich mit einer fröhlichen Antwort.

## Aus Heimat und Vaterland

Braunenberg, den 28. Juli 1924.

**Ernteausflüsse für Spätoft 1924**  
(Zusammengestellt vom Bundesverband Sachsen für Ost- und Mecklenburg, Dresden)

Von 55 eingehandelter Berichten aus verschiedenen Gemeinden Sachsen wurde folgendes Ergebnis erzielt: Reife mittel bis gut, 3 Berichte sehr gering, in Böhlitz und Pirna Bönen gut bis sehr gut, mittel 12 Berichte. Plauen gering, mittel 5 Berichte. Zwickau gut bis mittel, gering 4 Berichte. Zittau mittel, gering 6 Berichte. Borsbeuren gut, Hirschberg gut bis sehr gut. Weißbierberg mittel bis gut, mittel 9 Berichte. – Hagel trat auf in Niederschönach i. d. O. 20. April und 20. Mai, Blaau und Milow 21. Mai, Pirna 1. Juli. Sehr geglöst wird über Kurste Aufstellen des Frostspanners in verschiedenen Gegenden des Dresden, Leipzig und Plauener Bezirks, ferner allgemein über das Auftreten des Apfelblattflechtes, der Obstnadel, des Blattgrannen, Monilia, Schorf, der Staubelbeerwespe, Bläuse, der Rossa und über Kurste Abfallen der unreifen Früchte.

## Gründung der Sachsenkasse

Dem Landesausschuss des Sächsischen Handwerks ist es nach langen Bemühungen gelungen, die mit dem Kreisstift für das sächsische Handwerk und Gewerbe vorliegende Schaffung eines fortwährenden Geldinstituts zur Tat werden zu lassen. Am Freitag, den 19. d. M. wurde die „Sächsische Zentralgenossenschaftskasse“, genannt Sachsenkasse, eröffnet. Sie hat die Aufgabe, das Handwerk und den gewerblichen Mittelstand mit billigen und ausreichend-

# Die Kriegsschuldsüge.

Die Behauptung von der deutschen Schuld am Weltkrieg ist die furchtbarste Lüge, welche die Weltgeschichte kennt. Alle radikal denkenden Völker und Menschen müssen sich zu der Fortsetzung verbinden, dass ein unparteiischer Gerichtshof sorgfältig untersucht, wer jene läugnerische Behauptung aufgestellt hat, jenen Lügner aber müsste die allgemeine Verachtung treffen.

Professor Dr. Rudolf Guchen,

Jena, 6. 6. 1922.

Kredit des Bewerbers naheliegenden Aufgabenkreis entnommen, in der anderen ein allgemeines Thema zur Behandlung gehabt werden soll, und auf Grund zweier minderlicher, im Wege der schriftlichen Arbeiten öölichen Verhandlungen, die in Form von Kolloquien abzuholen sind.

**Das sächsische Ministerium des Innern über Unterstüttung Ausgewesener durch Gemeinden.** Im Verlauf einer Diskussion in den Gutshäusern Döbeln, die dadurch verhindert worden war, daß die Arbeitnehmer die Anerkennung eines Schiedsvertrages verweigerten, haben verschiedene Gemeinden, die Ausgewesene teils durch Spaltung, teils durch Geldmittel unterstützt. Auf eine dagegen erhobene Beschwerde entließ das Ministerium des Innern folgenden Bescheid: „Eine Unterstüttung ausgewesener Arbeitnehmer aus Mitteln der Gewerbeleistungsförderung ist nach § 6 Abs. 2 der Verordnung über Gewerbeleistungsförderung ungültig. Eine allgemeine oder prüfungslose Unterstüttung Stellender oder Ausgewesener aus Gemeindemitteln widerrechtlich den §§ 4 und 23 der sächsischen Armenordnung, die eine Pflicht der Gemeinden zur Unterstüttung nur für die Fälle bestimmt, das die Unterstüttung hilfsbedürftig und zur Behebung der Notlage aus eigner Kraft nicht in der Lage sind. Auf Grund der Armenordnung darf daher eine Unterstüttung an Streitende nur im Einzelfalle erfolgen, wenn ihre oder ihrer Angehörigen Hilfsbedürftigkeit im armensrechtlichen Sinne individuell festgestellt ist.“

**Niederwiesla.** Dienstag, den 29. Juli 1924, abends 7 Uhr findet im Gemeindeamt eine öffentliche Gemeindevertretersitzung statt.

**Schwarzenberg.** Ein im Saxonienwerk angestellter 18jähriger Rentenarbeiter hat einen Brief für ein auswärziges Geschäftshaus, in dem 100 Rentenmark befanden. Nachdem er den Brief geplündert und vorsichtig wieder versteckt hatte, übergab er ihn der Polizei zur Weiteren Verfolgung. Auf sofortige Reklamation des Empfängers wurde bei dem jungen Mann von der Polizei Handfesseln vorgenommen und das Geld aus Sicherheit versteckt gesichert.

**Neubau.** Auf dem bisherigen Bürgermeisteramt wurden diese Tage von Einwohnern hämische Gemeindestempel gestohlen, die wohl zu laufender Zwecken verwendung finden sollen.

**Hohenstein-Ernstthal.** Ein Hohenstein-Ernsthaler wird gekreishten: Das Verschwinden junger Deutscher aus Hohenstein-Ernstthal und Umgebung, wosor vor mehreren Jahren berichtet wurde, wird mit den Untaten des Scheusal Haasenmann in Hannover in Verbindung gebracht. Die Angehörigen von Vermissten werden aufgefordert, bei der Hohensteiner Kriminalpolizei die nötigen Anzeigen zu machen.

**Riebeck.** In einer vierteljährigen Weiberzeit kam es an einem Donnerstag zu einer schweren Augenentzündung. Beim Einlegen eines gerissenen Falben sprang ihr ehemaliger Schüler heraus und der dabei Verbliebene im Auge. Mittels Geißlers wurde die Verletzung nach Reichenbach zu einem Augenarzt gebracht und dann ins Krankenhaus übergeführt. Die Frau wird durch den Unfall um so schwerer betroffen, da ihr Mann im Kriege getötet ist und vier unverheiratete Kinder vorhanden sind.

**Palons.** Ein bissiger Italiener ging von einem ihrer Kunden folgendes originelle Scherzblatt zu: „Jede Woche legen wir die Rechnungen unserer Dienstleister in eine Urne, hüpfeln sie ordentlich und lassen immer eine Rechnung herausfallen. Diese Rechnung wird dann auf Grund des Lotteriesystems bezahlt. Werden Sie bitte, bis Sie herausfallen, Haha Sie weiter nach nahmen werden Sie von derziehung ausgeschlossen.“

**Bautzen.** Am Freitag wollte ein Altersheimdienstleiter die in groben Schwüren aufstrebenden Stiere vertreiben und schoss sie zu diesem Zweck mit einem Gewehr veralteter Ausführung. Auch noch unangeführter Weibchen ging aber die Ladung nach hinten und traf die Dienstleiterin so schwer ins Gesicht und in beide Augen, daß er sofort zu einem Augenarzt gebracht werden mußte.

**Heerkot.** Der schwere Rücksack der Herrenzüchter Brüdergemeinde Neiße, 11 wenige Tage vor seinem 76. Geburtstage ist Riebeck gestorben.

**Columbus.** „Lebt wohl, Ihr werdet mich nicht mehr in dieser Welt, auch nicht in Bitterfeld sehen.“ Mit diesen Worten verabschiedete sich ein bissiger Einwohner von den Besuchten am gestern; er ging nach Hause und erkrankte. Nach vier Minuten starb er. Habe den Siebensiebigen, sonst nichts gut gelaufenen 50-jährigen Mann bewegen, freiwillig aus dem Leben zu scheiden.

## Aus aller Welt

**Riesenbrand in Amsterdam.** Aus Amsterdam wird ausgetragen, daß in der Fabrikationslage der Niederländischen Petroleumgesellschaft ein Großfeuer entstanden ist. Ein ungefähr 140 Millionen Liter losten Petrolzubehör fließt aus Feuer und explodiert. Andere Behälter und gleichfalls in die Luft gesprengt. Der Schaden wird vorläufig auf hundert Millionen Gulden veranschlagt. Es soll auch Toten und Vermundels ergeben haben.

**Twölf Personen bei einem Automobilunglück getötet.** Bei Toledo im Staat Ohio starb ein Verkäufer mit einem Tourenautomobil zusammen, in dem sich 20 Personen befanden. Zwei Insassen wurden getötet. Alle übrigen Insassen des Wagens wurden mehr oder weniger schwer verletzt.

**Mit 320 000 Mark ausserplatzt.** Aus Dortmund wird berichtet: Der Sohn Johann Wöhrl hob auf einen ihm zur Einweihung übergebenen Scheffel bei einem Dortmunder Bankklient 320 000 Mark ab und suchte damit das Weltreise.

## Aus der Welt

**Augsburg.** Aus dem Landeskongress der Niederländischen Petroleumgesellschaft ein Großfeuer entstanden ist. Ein ungefähr 140 Millionen Liter losen Petrolzubehör fließt aus Feuer und explodiert. Andere Behälter und gleichfalls in die Luft gesprengt. Der Schaden wird vorläufig auf hundert Millionen Gulden veranschlagt. Es soll auch Toten und Vermundels ergeben haben.

**Schenkendorf.** „Lebt wohl, Ihr werdet mich nicht mehr in dieser Welt, auch nicht in Bitterfeld sehen.“ Mit diesen Worten verabschiedete sich ein bissiger Einwohner von den Besuchten am gestern; er ging nach Hause und erkrankte. Nach vier Minuten starb er. Habe den Siebensiebigen, sonst nichts gut gelaufenen 50-jährigen Mann bewegen, freiwillig aus dem Leben zu scheiden.

**Unterricht an deutschen Schulen.** Hier und da wird der Unterricht einer Art angedeutet, daß nach einem Erlass des preußischen Ministers die Volksschulbildung der Ido-Unterricht eingeführt sei. Damit ist aber nicht so, wie aus nachstehender geschichtlichen Zusammenstellung ersichtlich ist. Das Ministerium hatte am 20. Mai 1923 eine Anfrage über die Geschichtsbildung der Lehrerschaft mit Esperanto und Ido veranlaßt und darüber am 10. März 1924 für die Einführung des Esperanto-Unterrichts an den höheren Schulen entschieden. Von Ido ist in dem Erlass kein Wort erwähnt. Es wäre ja auch geradezu unsinnig, wenn eine Unterrichtsverwaltung zu gleicher Zeit zwei Volksschulzünfte einführen würde. Anscheinend hat der Frankfurter General-Anzeiger am 8. Mai das erste Mal diese falsche Notiz seinen Lesern unterbreitet. Im Erlass steht nichts davon, daß unter der Umstellung des Esperanto auch eine solche des Ido zu verhindern sei. Wir haben hier dasselbe erlebt, wie einige Wochen früher mit einer Notiz aus Amerika, nach der der Amerikanische Radio-Verein Ido für den Unterricht verordnete. Kein Wort war daran wahre. Als man Erklärungen beim Verband einholte, wurde klar die Antwort erhielt, daß die Menge von Anträgen und Empfehlungen dem Verband deutlich bewiesen habe, daß nur Esperanto in Frage kommen könnte, wenn der Verband eine Weltalltagsprache für seinen Verkehr gebrauchte. – Mit solchen Falschmeldungen erreicht Ido nur, daß niemand sich für die Weltalltagsprache entscheidet, denn es kann niemand – auch nicht den Redaktionen – überzeugt werden, daß er so gründlich über die Wahrschafft der Notizen zu überzeugen. Es gibt nur eine Folge: Man verhält sich sehr zurückhaltend – zum Schaden des dringenden Notwendigsten.

## Mitteilungen der Handelskammer Chemnitz

**Die Handelskammer empfiehlt den beiztzeitgeleisteten Firmen, sich vor Eingehen von Geschäftswiederblungen mit der Firma American Development and Finance Co. Incorporated in New York, City U.S.A., mit der Auskunftsstelle der Handelskammer in Verbindung zu setzen.**

